63. Jahrgang. № 42.

Mittwoch, 12. Februar 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zustellung von Sonn- und Montagen nur einmal) wurde bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 1.80 M. monatlich 1.60 M. Anzeigen-Preise. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 25 Pf. Vorzugsplätze 4 Anzeigen 6 Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1. Tarif. 50% Teuerungszuschlag. — Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung. — Belegbl. 10 Pf. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Geschäftsstelle und Hauptschriftleitung: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

KASINO
Seestrasse 7
Stimmungskonzerte — Kapellmeister Rost

Brautausstattungen
Einzel-Möbel in allen Preislagen Einzel-Möbel
J. A. Bruno KÖNIG Kamenzer Straße 27.
Straßenbahnlinie 5. Tel. 22667.

Weinrestaurant Kaffee
CENTRAL-THEATER
Künstler-Konzert.

Ebert Reichspräsident.

Reichspräsident Ebert.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 11. Februar.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Wahl des Reichspräsidenten vorgenommen. Abgegeben wurden 379 Stimmzettel, davon 328 gültige und 51 ungültige. Volksbeauftragter Ebert (Mehrheitssoz.) erhielt 257 Stimmen, Graf Posadowsky (Deutschnat. Volksp.) 49 Stimmen, Scheidemann 1 und Erzberger 1 Stimme. Ebert nahm die Wahl an.

Es ist ein hoher Aufstieg, den dieser einfache Mann aus dem Volke genommen hat. Das Ideal seines Lebens, so erzählte Ebert einem Pressevertreter, sei von Jugend auf der Grundsatz gewesen: „Alles durch das Volk für das Volk." Nun, wo die Ereignisse mit grundstürzender Gewalt die Dinge so gefügt haben, daß der ideale Leitsatz des Jünglings in überraschender Weise für Deutschland verwirklicht worden ist, wird auch das bürgerliche Empfinden dem gereiften Mann den Triumph nachfühlen können, den ihm eine solche ungeahnte, von keinem Prophetenscharfblick vorauszusehende Entwicklung bereiten muß. An wirklicher Macht und persönlichem Einfluß auf den Gang der Geschäfte steht freilich dem Reichspräsidenten kein großes Maß zu. Er hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten und das Reichsministerium zu bilden. Außerdem hat er das Recht, eine allgemeine Volksabstimmung, ein sogenanntes Referendum, herbeizuführen, falls zwischen Staatenhaus und Nationalversammlung eine Einigung über einen Gesetzentwurf nicht zustande zu bringen ist. Das ist alles. Bei der Auswahl seiner Minister ist er nicht, wie der Präsident der Vereinigten Staaten, völlig sein eigener Herr, sondern ihn bindet die Vorschrift der Verfassung, daß die von ihm Erwählten das Vertrauen des Parlaments genießen müssen. Er kann die Mitglieder der Regierung also nur aus der parlamentarischen Mehrheit entnehmen. Durch diese Bestimmung der Verfassung ist, wenn auch nicht mit ausdrücklichen Worten, so doch tatsächlich das parlamentarische System im Reiche zur Annahme gelangt. Nach der französischen und englischen Verfassung haben nun der Präsident und der König wenigstens das Recht, sich die Mitglieder ihrer Regierung nach ihrem Belieben aus der Mehrheit herauszusuchen. Das so gebildete Kabinett stellt sich dann dem Parlament vor und wartet ab, ob sich aus der Mitte der Mehrheit heraus vielleicht gegen das eine oder andere Mitglied ernstlicher Widerspruch erhebt. Die Parteien der deutschen Nationalversammlung aber wollen dem Reichspräsidenten nicht einmal diese beschränkte Bewegungsfreiheit lassen, sondern gehen mit der Absicht um, das bereits in den letzten Monaten des alten Systems gegenüber dem Kaiser und dem Kanzler geübte Verfahren zu verewigen, wonach die Mehrheitsparteien ihrerseits bei der Regierung eine Kandidatenliste aufstellen, aus der dann der Reichspräsident seine Minister zu wählen gezwungen ist, wenn er nicht von vornherein für sie das Vertrauen der Parlamentsmehrheit verscherzen will.

Die Stellung, die der neue Reichspräsident einnimmt, ist also sehr bescheiden und hat nichts von jener imponierenden Machtfülle an sich, mit welcher der amerikanische Präsident bekleidet ist und die ihm ein so gebietendes Auftreten im Namen seiner Nation gestattet. Ob das so bleiben wird, ob nicht vielleicht die Nationalversammlung bei der Beratung des endgültigen Verfassungsentwurfes zum Zwecke der Erhöhung des nationalen Ansehens Deutschlands im Rate der Völker den Präsidenten noch mit einer größeren Machtvollkommenheit ausstatten wird, steht dahin. Die Möglichkeit dazu liegt jedenfalls vor; denn bei der jetzigen Ordnung handelt es sich — das darf keinen Augenblick außer acht gelassen werden — lediglich um ein Provisorium, um einen vorübergehenden, vorläufigen Zustand. Nur in einem einzigen Punkte sind der Nationalversammlung bei ihrer Beschlußfassung über die endgültige Verfassung die Hände gebunden, nämlich durch § 4 Abs. 2 der vorläufigen Verfassung, wonach das Gebiet der deutschen Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden darf. In allen anderen Fragen ist die Nationalversammlung völlig unbeschränkt und kann daher auch die Befugnisse des Präsidenten anders gestalten, als sie es bei der Verabschiedung der jetzigen vorläufigen Verfassung getan hat. Im übrigen bedeutet auch das Provisorium Recht. Mit der Verabschiedung der vorläufigen Verfassung, die sofort in Kraft getreten ist, hat die Nationalversammlung den Zustand des bloß Tatsächlichen, der reinen revolutionären Macht ohne Recht, beseitigt und den Geburtsakt des neuen deutschen Rechtsstaates vollzogen. Möge daraus Gutes für Deutschland hervorgehen!

*

Reichspräsident Ebert, der am Tage der Thronverzichtserklärung Kaiser Wilhelms — 9. November 1918 — als Nachfolger des zurückgetretenen Reichskanzlers Prinz Max von Baden zum ersten Volksbeauftragten bestimmt wurde, ist am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren. Nach Besuch der Volksschule in seiner Geburtsstadt erlernte er das Sattlerhandwerk. 1902 übernahm er die Schriftleitung der „Bremer Bürgerzeitung". In den ehemaligen Reichstag wurde er 1912 gewählt. Dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehört Ebert seit 1905 an. Nach dem Tode Bebels wurde ihm 1913 das Amt des ersten Vorsitzenden der Partei übertragen.

Die deutschen Gefangenen in Rußland.

Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtmeld.) **Wie wir hören, befinden sich noch insgesamt etwa 45 000 deutsche Kriegs- und Zivilgefangene in Rußland, davon 40 000 in Sibirien, unter ihnen 400 Offiziere und etwa 16 000 Soldaten. Außerdem sind 2500 Mann in Turkestan und 2000 bis 2500 Mann in den Kosakenprovinzen und im Kaukasus. Alle übrigen deutschen Gefangenen sind aus Rußland zurückbefördert worden, soweit sie nicht in die Rote Garde oder in internationale Regimenter eingetreten sind. Bei diesen letzteren Leuten handelt es sich um mehrere tausend Mann.**

Die Lebensmittelversorgung in Frage gestellt.

Berlin, 11. Febr. Die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission über das am 8. d. M. in Spa unterzeichnete Lebensmittelabkommen hatte hervorgehoben, daß die Erfüllung des ganzen Abkommens von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht wurde von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch auferlegen wollen. Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spa tagenden Unterkommission für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen bleiben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung nach wie vor höchst unsicher. Deutsche Waffenstillstandskommission.

Berlin, 11. Febr. Hinsichtlich der Verlängerung des Waffenstillstandes ist die Lage augenblicklich sehr kritisch. Die Regierung beriet in Weimar eingehend darüber, und es ist nicht ausgeschlossen, daß mit Rücksicht auf die von der Entente aufgestellten immer neuen Verschärfungen deutscherseits erklärt werden muß, daß darauf nicht eingegangen werden könne.

Belagerungszustand in Hamburg.

Hamburg, 11. Febr. (Eig. Drahtmeld.) **Infolge der Vorgänge in der vergangenen Nacht wurde heute nachmittag um 2 Uhr der Belagerungszustand über Hamburg verhängt. Auf Veranlassung des Sicherheitsdienstes waren heute nachmittag mit Sicherheitsmannschaften besetzte Kraftwagen durch die Straßen der Stadt gefahren, deren Besatzung die Privatleute aufforderte, die in ihrem Besitze befindlichen Waffen auf die Straße zu legen. Die ausgelieferten Stücke werden dann dem Stadthause zugeführt. Zuwiderhandelnde verfallen dem Standrechte. Die Sicherheitsmannschaften dringen in die Häuser und durchsuchen die Räume. Dieses Vorgehen zusammen mit anderen Maßnahmen der Sicherheitsmannschaften wird die Durchführung der Entwaffnung unlauterer Elemente beschleunigen.**

Ueber die **Vorgänge in der Nacht zum Dienstag** liegt nachstehender Bericht vor:

Hamburg, 11. Febr. Die Unsicherheit in Hamburg hat einen beträchtlichen Umfang angenommen. Die von Bewaffneten während der Nachtzeit veranstalteten Raubzüge mehren sich. Eine Bande Bewaffneter suchte in der letzten Nacht den Bezirk Harwestehude heim, wo unter Vorhaltung von Revolvern die Bewohner gezwungen wurden, das herauszugeben, was sie verlangten. Um Mitternacht kam es in Harwestehude zu einer Schießerei zwischen Räubern und Sicherheitsmannschaften. Nach Annahme der Sicherheitsorgane handelt es sich um systematisch vorbereitete Raubzüge, deren Ausgangspunkt noch unbekannt ist. Ein Waffenlager der sogenannten Volkswehr ist am Montag abend am Neuen Steinweg durch Sicherheitsmannschaften beschlagnahmt worden. Vorgefunden wurden zehn kleine und zwei große Maschinengewehre, etwa 100 Gewehre, sowie große Mengen von Patronen, Handgranaten und tränenerregenden Bomben, die in der Turnhalle in der Volksschule in der Möhrkenstraße untergebracht waren. Es steht außer Zweifel, daß sich in den Händen Unbefugter mehr Waffen befinden als angenommen wird. Um diesem Zustande ein Ende zu machen, veröffentlicht der Siebener-Ausschuß des Soldatenrates Bekanntmachungen, worin zuerst darauf hingewiesen wird, daß den Anordnungen der Sicherheitsmannschaften Folge zu leisten ist, daß Plünderer auf der Stelle erschossen werden und daß ein Verbot des Waffenbesitzes besteht. Der Siebener-Ausschuß, dem die Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung der Sicherheit übertragen ist, macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß alle Gerüchte, wonach die Errungenschaften der Revolution in Gefahr seien, böswillige Erfindungen sind.

Der Vorsitzende des Soldatenrates Lampe empfing von Noske folgendes Telegramm:

Da hier Erklärungen vorliegen, daß der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg im Sinne der Reichsregierung für geordnete Zustände in Hamburg sorgt, liegt für uns keinerlei Veranlassung vor, irgendwelche Truppen in Hamburg zu verwenden.

Die Präsidentenwahl.

Von unserem nach Weimar entsandten Mitarbeiter.

Weimar, 11. Februar.

Die Sitzung beginnt um 3,20 Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mitteilungen. Irgendeine besondere Erregung oder Spannung ist im Hause nicht zu bemerken. Man weiß, es ist schon alles abgeredet. Ebert wird gewählt werden mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten, der Demokraten und des Zentrums. Durch einen Anschlag der hiesigen Lokalpresse wird schon um Ovationen für den neuen Reichspräsidenten gebeten. Mittlerweile verliest der Schriftführer Dr. Pfeiffer, dessen kräftiges Organ auch das Gesumme im Saal übertönt, eine lange Reihe von Telegrammen. Bemerkenswert ist das des Zentralrats der Soldaten- und Arbeiterräte aus Berlin. Es wird darin protestiert gegen die partikularistischen Bestrebungen, ferner aber auch gesagt, daß der Zentralrat in der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre völlige Souveränität durchführen werde, seine Machtbefugnisse auf sie übertrage.

All das findet wenig Aufmerksamkeit. **Endlich gelangt** Herr Pfeiffer zum Schluß. Man tritt in die Tagesordnung ein: Wahl des Reichspräsidenten. Dr. David teilt mit, daß der Namensaufruf beginne mit dem Buchstaben E, was große Heiterkeit auslöst, da somit Herr Ebert zuerst aufgerufen und zuerst seinen Zettel in die Urne legen wird, ein Spiel des Zufalls, da bei den namentlichen Abstimmungen stets mit einem neuen Buchstaben angefangen wird. Die Wahl nimmt, wie immer, beträchtliche Zeit in Anspruch. Endlich ist der Namensaufruf beendet, endlich haben die Schriftführer die Stimmen gezählt. Einer der Herren gibt das Blatt mit dem Ergebnis dem Präsidenten, und Dr. David verkündigt Ebert als ersten Präsidenten des Deutschen Reiches. Ein Unabhängiger ruft: „Friedrich der Einzige!" Ebert nimmt die Wahl mit Dank an.

Das Deutsche Reich hat einen Präsidenten. Nüchtern, geschäftsmäßig ist alles vor sich gegangen, nicht anders, als ob ein Schriftführer gewählt oder über irgendeinen gleichgültigen Antrag abgestimmt worden wäre. Dr. David erhebt sich zu seiner Begrüßungsrede. Er feiert Ebert als den Mann, der in den schweren Tagen des 9. November seine Probe bestanden habe. Daß die deutsche Revolution nicht den Gang der russischen genommen, das sei zum größten Teile Eberts Verdienst. Die Unabhängigen lärmen. Die dem Hause schon bekannte helle Stimme auf der äußersten Linken monologisiert laut in die Versammlung hinein. Sie wird von der Mehrheit energisch zur Ruhe verwiesen. Aber immer wieder wird es in der Gruppe im Hintergrunde auf der linken Seite laut. David betont den Willen der Volksmehrheit, den Ebert repräsentiere. Von links hinten wird gerufen: Noske! David spricht von der Demokratie, die der Reichspräsident schützen werde. Die Unabhängigen rufen: Reaktion! Dann spricht Ebert, ohne besondere Note, mit vielleicht etwas gesuchter Einfachheit. Das Vertrauen der Versammlung sei seine größte Ehre. Er werde sich bemühen, sein Amt gerecht und unparteiisch zu führen. Die Unabhängigen lachen. Sie scheinen daran nicht zu glauben. Freilich betont auch Herr Ebert gleich dahinter, daß er aus dem Arbeiterstande hervorgegangen und in der Welt des Sozialismus aufgewachsen sei; er betont, daß er nicht gesonnen sei, seine Herkunft oder seine Ueberzeugung zu verleugnen. Die Unparteilichkeit, zu der er sich bekennt, ist also immerhin stark modifiziert, beeinträchtigt durch seinen Sozialismus. Das ist ja nichts Neues. Das konnte man schon aus der Eröffnungsrede entnehmen. Lebhaften Beifall fand aber der neue Präsident mit seiner Erklärung, jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommen möge, bis zum äußersten zu bekämpfen.

Im ganzen genommen macht die Antrittsrede des Präsidenten einen besseren Eindruck als die, die der Volksbeauftragte zur Eröffnung der Nationalversammlung gehalten hat. Freilich, das Gefühl überragender Größe, wirklicher Führereigenschaften hat man aus dem, was Herr Ebert vorbrachte, nicht gewinnen können. Gewiß, er ist ein rechtlicher Mann, wie der Prinz Max von Baden einmal gesagt hat, ein Biedermann. Ob er auch der Führer eines großen Volkes, das Ungeheures wieder aufzubauen hat, sein wird, das muß erst die Zukunft lehren; sie muß es freilich nicht, denn viel Raum zu eigener Betätigung ist dem deutschen Staatsoberhaupt nicht gelassen. Wir glauben auch nicht, daß Herr Ebert den Ehrgeiz und die Kraft besitzen wird, nötigenfalls gegen den Stachel der Mehrheitsparteien zu löken, ist er doch selbst Parteimann und wird er es doch wohl für immer bleiben.

Interessant ist das Stimmenverhältnis. Wie wir schon im Vorabend-Blatt gemeldet haben, hatte die Deutschnationale Volkspartei beschlossen, sich an der Wahl zu beteiligen und für den Grafen Posadowsky zu stimmen. 49 Stimmen wurden für den Grafen abgegeben. Die 43 Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei sind somit durch einige der Deutschen Volkspartei verstärkt worden, während der größte Teil dieser Partei ebenso wie die Unabhängigen, weiße Zettel abgegeben hat. Geschlossen für Ebert stimmten das Zentrum, die Demokraten und die Mehrheitssozialisten, d. h. die neue — alte Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitsparteien, die Herr Erzberger, der übrigens noch in